

Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland  
Frau Dr. Angela Merkel  
11012 Berlin  
Fax: 030 / 18 400-1850

Prof. Dr. Hubert Weiger  
Bundesvorsitzender  
Fon +49 30/275864-31  
Fax +49 30/275864-60  
hubert.weiger@bund.net

1. August 2017

**Offener Brief**  
**Nationales Forum Diesel**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit Blick auf das morgen stattfindende "Nationale Forum Diesel" wenden wir uns an Sie, um die Notwendigkeit Ihres wirksamen Handelns zur Beendigung des Diesel-Abgasskandals noch einmal zu unterstreichen. Um die Gesundheit der Menschen in den Städten und die Umwelt nicht weiter zu belasten, müssen die Schadstoffwerte von Diesel-Pkw deutlich gesenkt werden. Für die Einhaltung der Stickstoffdioxid-Grenzwerte in unseren Städten reichen die bisher diskutierten Maßnahmen nicht aus. Besonders die angedachten Software-Updates werden keinen ausreichenden Beitrag zur NO<sub>2</sub>-Grenzwerteinhaltung leisten.

Voraussetzung für eine tatsächliche Reduzierung der gesundheits- und umweltschädlichen Stickoxide ist, dass Pkw ihre gesetzlichen Grenzwerte auch im Betrieb auf der Straße einhalten; dies fordert im Übrigen auch das EU-Recht. Untersuchungen, unter anderem von staatlichen Stellen wie dem Kraftfahrtbundesamt und dem Umweltbundesamt, zeigen klar, dass Diesel-Pkw der Abgasstufe Euro-5, aber auch solche der Abgasstufe Euro-6 ihre jeweiligen Stickoxid-Grenzwerte beim Betrieb auf der Straße um ein Vielfaches überschreiten.

Bisher sind erst 83 Diesel-Modelle unter realen Bedingungen getestet worden, teils von nicht-staatlichen Akteuren wie der Deutschen Umwelthilfe und dem ADAC. Nur sechs der getesteten Modelle halten die gesetzlichen Stickoxid-Grenzwerte auch im Realbetrieb auf der Straße ein. Da das Kraftfahrtbundesamt seine Pflicht diesbezüglich nicht angemessen wahrgenommen hat, muss ihm die Zuständigkeit für die Abgasmessungen entzogen werden.

Wir bitten Sie, sich für vollumfängliche Transparenz bei den Stickoxid-Emissionen der Diesel-Pkw einzusetzen, dies muss absolute Priorität haben. Voraussetzung hierfür sind Abgasmessungen aller im Verkehr befindlichen Diesel-Modelle durch das Umweltbundesamt.

Ein Software-Update allein kann die Probleme bei Fahrzeugen der Abgasstufe Euro 5 nicht lösen, sondern führt lediglich zu leicht verringerten Stickoxid-Emissionen bei bisher nicht näher geklärten Nebenwirkungen.

Auch das Verwaltungsgericht Stuttgart hält solche reinen Software-Lösungen für nicht ausreichend, was aus der Entscheidung über Fahrverbote in Stuttgart vom vergangenen Freitag hervorgeht. Von einer Lösung im Sinne von Umwelt und Verbrauchern kann hierbei also nicht gesprochen werden. Nur mit sauberen Diesel-Pkw sind Fahrverbote in den Städten vermeidbar.

Ohne Veränderungen der Hardware der Fahrzeuge, wie zum Beispiel den Einbau größerer oder zusätzlicher Harnstofftanks bei Euro-6-Fahrzeugen bzw. die Nachrüstung von SCR-Katalysatoren bei Euro-5-Fahrzeugen, wird die Reduzierung der Stickoxide auf die gesetzlichen Emissionsgrenzwerte nicht gelingen. Aktuell halten nur einige wenige Fahrzeugmodelle die ab Herbst geltenden, neuen gesetzlichen Regelungen der Stickoxid-Grenzwerte ein. Allerdings sind alle namhaften inländischen Hersteller mit mindestens einem gesetzeskonformen Modell vertreten und machen damit deutlich, dass es durchaus machbar ist, die Vorgaben zu erfüllen. Zum Schutz von Gesundheit und Umwelt ist es notwendig, dass sämtliche Fahrzeuge auf unseren Straßen zumindest ihre gesetzlichen Vorgaben einhalten.

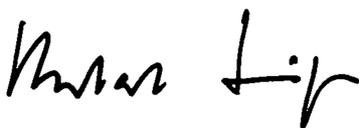
Wir bitten Sie daher, bei Herrn Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und dem Kraftfahrtbundesamt folgende Sofortmaßnahmen durchzusetzen:

- Flächendeckende Überprüfung aller aktuellen Diesel-Neuwagenmodelle und des Bestandes sowie Information der Verbraucher über die Stickoxidemissionen im Straßenbetrieb;
- Verkaufsverbot für alle fabrikneuen Pkw der Abgasnorm Euro-6, die auf der Straße nicht ihre Grenzwerte einhalten;
- Gewährleistung eines Anspruchs der betroffenen Autobesitzer auf gesetzeskonforme Nachrüstung ihrer bereits erworbenen Pkw auf Herstellerkosten mit einer Herstellergarantie. Gesetzeswidrige Euro-5 und Euro-6-Diesel-Pkw müssen auf Kosten der Hersteller nicht nur durch Software-Updates nachgebessert werden, sondern durch wirksame Hardware-Lösungen wie SCR-Katalysatoren;
- Sofortiger Stopp der steuerlichen Besserstellung von Dieselmotoren sowie Strafzahlungen der Autohersteller. Die auf diese Weise gesparten oder eingenommenen Summen müssten direkt in den Ausbau und die technische Erneuerung des öffentlichen Verkehrs fließen;
- Einführung einer Blauen Umweltplakette zur Einhaltung der Euro-6-Norm im Realbetrieb, durch welche Städten die Möglichkeit einer effektiven und schnellen Minderung der Stickoxidbelastung gegeben wird.

Nur durch diese Maßnahmen können das Vertrauen in die Bundesregierung wieder hergestellt und die Gesundheit der Bürger wie auch die Umwelt geschützt werden.

Wir bitten Sie dringend, kraft Ihres Amtes, im Interesse von Millionen Betroffenen tätig zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hubert Weiger  
Vorsitzender des BUND

Kopie: BMUB, BMVI, BMWI, BMJV